

1) Präambel

Heuer ist es hundert Jahre her, daß in China eine Verfassung konstituiert wurde. Die Proklamation der Menschenrechte fand vor sechzig Jahren statt und vor dreißig Jahren entstand die 'Mauer der Demokratie'. Vor zehn Jahren unterzeichnete die chinesische Regierung die internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte. Nach den Erlebnissen im Verlauf von Menschenrechtskatastrophen und der Mühsal des Widerstandes erkennen die chinesischen Bürger, die sich dessen bewußt geworden sind, täglich klarer, daß Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte gemeinsame universelle Werte der Menschheit sind. Demokratie, Republik und Verfassungsmäßigkeit der Regierung sind der grundlegende Systemrahmen für zeitgemäße Politik. Die sich davon absetzende 'Modernisierung' ist ein katastrophaler Prozeß, der die Menschen ihrer Rechte beraubt, die Humanität korrumpiert und die Würde des Menschen zersetzt. In welche Richtung wird China im 21. Jahrhundert gehen? Ist es die Fortsetzung der 'Modernisierung' unter der autoritären Herrschaft, oder wird es ein demokratisches Regierungssystem geben, das gemeinsame, universelle Werte anerkennt und am Hauptstrom der Zivilgesellschaften teilnimmt? Diese Wahl muß unausweichlich getroffen werden.

Die enormen Veränderungen Mitte des 19. Jahrhunderts legten bloß, wie degeneriert das traditionelle chinesische despotische System war und eröffneten den Prolog zu 'seit tausenden Jahren nicht da gewesenen Umwälzungen'. Die Verwestlichungsbewegung trachtete nach verbesserter Entwicklung auf der Ebene der Nutzgüter. Die Niederlage im chinesisch-japanischen Krieg (1894-95) zeigte erneut, wie obsolet das System war. Die Reformbewegung von 1898 berührte schließlich die Ebene der Systemerneuerung, wurde aber von den Beharrungskräften grausam niedergeworfen und endete im Fiasko. Die Revolution von 1911 trug nach außen hin das System der über 2000 Jahre andauernden kaiserlichen Autorität zu Grabe und errichtete die erste asiatische Republik. Beschränkt durch die damaligen spezifischen historischen Bedingungen von inneren Krisen und Aggression von außen blieb die republikanische Staatsform nur eine Eintagsfliege und die Autokratie kehrte rasch wieder zurück. Das Scheitern sowohl der Nachahmungsbewegung hinsichtlich der Nutzgüter als auch der Systemerneuerung veranlaßten unsere Landsleute zu vertiefter Reflexion bezüglich der kulturellen Wurzeln des Übels. Das führte zur Kulturerneuerungsbewegung des 4. Mai, die sich Wissenschaft und Demokratie auf ihre Fahnen schrieb. Der Fortgang der Demokratisierung der chinesischen Politik wurde jedoch aufgrund fortwährender Bürgerkriege und Invasion ausländischer Feinde zwangsweise unterbrochen. Nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen Japan wurde das Vorhaben einer verfassungsmäßigen Regierung wieder aufgenommen. Allerdings, das Ergebnis des Bürgerkriegs zwischen Kuomintang und Kommunistischer Partei bewirkte, daß China in den Abgrund eines modernen Totalitarismus geriet. 1949 wurde das 'Neue China' gegründet, dem Namen nach eine 'Volksrepublik', dem Wesen nach die Herrschaft einer Partei. Die herrschende Partei monopolisierte alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen. Sie führte die Antirechts-Kampagne, den großen Sprung nach vorn, die Kulturrevolution und den Tiananmen-Zwischenfall vom 4. Juni herbei. Sie unterdrückte die beim Volk populären religiösen Aktivitäten sowie die Kampagne zur Wahrung der gesetzlichen Rechte und Interessen. Mit einer Reihe

weiterer Menschenrechtskatastrophen führte das zum Tod von zig Millionen Menschen. Sowohl Bürger als auch Staat zahlten beide einen extrem katastrophalen Preis.

Die Reform- und Öffnungspolitik Ende des 20. Jahrhunderts ließ China über die verbreitete Armut und den Absolutismus der Zeit Mao Zedongs hinwegkommen. Volksvermögen und Lebensstandard der Bevölkerung stiegen in großem Ausmaß. Individuelle wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Rechte konnten sich regenerieren. Die Zivilgesellschaft begann sich zu entwickeln und der Ruf des Volkes nach Menschenrechten und politischen Freiheiten schwoll mehr und mehr an. Gleichzeitig mit der Durchführung ökonomischer Reformen der Machthaber in Richtung Marktwirtschaft und Privatisierung begann der Umschwung, die ursprünglich verweigerten Menschenrechte nach und nach zuzugestehen. 1997 und 1998 unterschrieb die chinesische Regierung separat zwei wichtige internationale Menschenrechtsabkommen. 2004 brachte der Volkskongreß mit einer Verfassungsänderung die Achtung und Garantie der Menschenrechte in die Verfassung ein. Heuer wurde noch einmal versprochen, den staatlichen Maßnahmenkatalog zu den Menschenrechten auszuarbeiten und zu praktizieren. Aber, diese politischen Fortschritte ruhen bis jetzt zum Großteil auf dem Papier: Es gibt ein Gesetz, aber keine legale Herrschaft. Es gibt eine Verfassung, aber keine verfassungsmäßige Regierung. Das ist offensichtlich nach wie vor die politische Realität. Die machthabenden Kreise halten weiterhin an der Bewahrung der autoritären Herrschaft fest und weisen einen politischen Wandel zurück. Wodurch es zu Korruption unter den Beamten, Erschwerung der Rechtsstaatlichkeit, Ausblendung der Menschenrechte, Sittenverfall, Polarisierung der Gesellschaft und Wachstumsdeformationen kommt und natürliche sowie geistige Umwelt zerstört werden. Freiheit und Eigentum der Bürger und ihr Recht auf Streben nach Glück können so nicht grundlegend garantiert werden. Ständig häufen sich gesellschaftliche Widersprüche aller Art und der Mißmut steigt anhaltend. Besonders die Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Beamtenschaft und Bürgern und der rapide Anstieg von Vorfällen in der Bevölkerung zeigen das katastrophale Ausmaß der Tendenz zum Kontrollverlust auf. Das herrschende System ist bereits dermaßen im Verzug, daß das Stadium unvermeidbarer Veränderungen erreicht wurde.

2) Unsere grundlegenden Ideen

Gerade jetzt, am entscheidenden Wendepunkt für Chinas künftiges Schicksal, ist es notwendig, den seit hundert Jahren ablaufenden, historischen Prozeß der Modernisierung zu reflektieren. Dazu iterierend folgende grundlegende Ideen:

Freiheit: Freiheit nimmt die Kernposition unter den universellen Werten ein. Die Rechte auf Meinungsäußerung, Publikation, Glauben, Versammlung, Zusammenschluß, Umzug, Streik, Demonstration usw. sind die Konkretisierungen von Freiheit. Wenn die Freiheit nicht gefördert wird, wie kann man dann von moderner Zivilgesellschaft reden?

Menschenrechte: Menschenrechte sind kein Geschenk des Staates, sondern die umfassenden Rechte jedes Menschen, die er von Geburt an genießt. Weil die Garantie der Menschenrechte das primäre Ziel der Regierung und die Basis der Legitimität der öffentlichen Macht darstellt, ist sie auch die immanente Forderung, vom Menschen als Grundlage auszugehen. Die bisherigen politischen Katastrophen

in China stehen in engem Zusammenhang mit der Ignoranz der machthabenden Obrigkeit gegenüber den Menschenrechten. Der Mensch ist die oberste Priorität des Staates, der Staat hat dem Volk zu dienen und die Regierung besteht, um für das Volk da zu sein.

Gleichberechtigung: Jeder einzelne Mensch, unabhängig von gesellschaftlicher Stellung, Beruf, Geschlecht, wirtschaftlicher Lage, Ethnie, Hautfarbe, Religion oder politischem Bekenntnis ist in seiner Persönlichkeit, Würde und Freiheit allen gleichberechtigt. Das Prinzip der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz muß verwirklicht werden und ebenso das Prinzip der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung.

Republik: Republik bedeutet die gemeinsame Herrschaft aller und friedliches gemeinsames Zusammenleben, ausgewogene Gewaltenteilung und Interessenausgleich, mannigfaltige Partikularinteressen, unterschiedliche gesellschaftliche Zusammenschlüsse, pluralistische Kultur und konfessionelle Gruppierungen. Auf der Basis von gleichberechtigter Beteiligung, fairer Konkurrenz und gemeinsamer politischer Diskussion werden auf friedliche Weise die öffentlichen Angelegenheiten geregelt.

Demokratie: Die grundlegendste Implikation ist, daß die Souveränität vom Volk ausgeht und die Regierung vom Volk gewählt ist. Demokratie hat folgende elementare Besonderheiten: (1) Die Legitimität der Staatsmacht geht vom Volk aus. Der Ursprung der politischen Macht liegt im Volk. (2) Die politische Herrschaft wird durch Wahl durch das Volk bestimmt. (3) Die Bürger genießen ein echtes Wahlrecht. Alle Regierungsbeamten für wichtige Staatsangelegenheiten müssen aus periodischen Wahlkämpfen hervorgehen. (4) Mehrheitsentscheidungen sind zu respektieren unter gleichzeitiger Wahrung der fundamentalen Menschenrechte der Minderheit. Mit einem Wort, durch Demokratie wird die Regierung zu einer dem Volk gehörenden, vom Volk verwalteten und dem Volk etwas bietenden öffentlichen Institution.

Verfassungsmäßige Regierung: Die Verfassungsmäßigkeit der Regierung ist ein durch gesetzliche Regelungen und das Rechtssystem zur Einhaltung der Verfassung festgelegtes Prinzip der fundamentalen Freiheit und der Rechte der Bürger. Es beschränkt und begrenzt die Macht sowie den Handlungsbereich der Regierung und liefert adäquate systematische Möglichkeiten dazu.

In China ist die imperiale, kaiserliche Autorität längst schon ein für allemal vorbei. International gesehen werden die Tage der autoritären Regierungssysteme auch immer düsterer. Die Bürger sollen tatsächlich die Herrschaft im Staat ausüben. Vom Untertanenbewußtsein mit der Abhängigkeit von 'weisen Herrschern' und 'sauberen Beamten' ist loszukommen und es ist das Bürgerbewußtsein zu propagieren, daß Rechte die Grundlage sind und Partizipation verpflichtend ist. Freiheit praktizieren, Demokratie persönlich ausüben und Achtung vor der Legalität - nur das ist der grundlegende Ausweg für China.

3) Unsere grundlegenden Ansichten

Nun legen wir im Folgenden unsere konkreten Ansichten zu den verschiedenen Aspekten von Staatsform, Bürgerrechten und gesellschaftlicher Entwicklung in verantwortlichem und konstruktivem Bürgergeist vor:

1, Änderung der Verfassung: Änderung der Verfassung gemäß den Ideen zu den oben angeführten Werten. Streichung der Stellen in der geltenden Verfassung, die dem Prinzip widersprechen, daß die Souveränität vom Volk ausgeht. Die Verfassung tatsächlich zu einer Bürgerschaftserklärung für Menschenrechte und zu einer Konzessionsurkunde für die Staatsmacht machen. Zu einem durchsetzbaren, höchsten Recht entwickeln, gegen das kein Individuum, keine Gruppierung und keine Partei verstoßen darf. Sie ist die Grundsteinlegung des Rechtstitels für die Demokratisierung Chinas.

2, Ausgewogene Gewaltenteilung: Bildung einer zeitgemäßen Regierung ausgewogener Gewaltenteilung. Garantie der Trennung der drei Gewalten Legislative, Justiz und Exekutive. Einführung eines rechtlichen Prinzips zur Verwaltung und Verantwortung durch die Regierung, um zu verhindern, daß die Macht der Verwaltung übertrieben expandiert. Die Regierung soll den Steuerzahlern verantwortlich sein. Ausgewogene Trennung der Macht zwischen zentralen und lokalen Behörden. Für die ausreichende Ausführung der lokalen Selbstverwaltung muß die Zentralgewalt auf einem von der Verfassung ausgehenden, eindeutig eingegrenzten Mandat gründen.

3, Demokratische Gesetzgebung: Alle Ebenen der gesetzgebenden Organe haben aus direkten Wahlen hervorzugehen. Zur Durchführung demokratischer Gesetzgebung hat die Legislative an den Prinzipien von Fairness und Gerechtigkeit festzuhalten.

4, Unabhängigkeit der Justiz: Die Justiz soll zur Realisierung ihrer Unabhängigkeit und zur Garantie ihrer Unparteilichkeit über den Parteien stehen und keinerlei Einmischung ausgesetzt sein. Schaffung eines Verfassungsgerichtshofs, Gründung eines Kontrollsystems gegen Verfassungswidrigkeit zum Schutz der Autorität der Verfassung. Zur Verhinderung willkürlicher Nutzung öffentlicher Einrichtungen ehestmögliche Abschaffung der das Rechtswesen des Staates schwerwiegend schädigenden 'Parteikomitees für Politik und Recht' auf allen Ebenen.

5, Öffentliche Nutzung öffentlicher Einrichtungen: Anpassung des Militärs an den Staat. Die Soldaten sollen dem Staat und der Verfassung loyal ergeben sein. Die parteipolitischen Organisationen sollen sich aus dem Militär zurückziehen. Die Professionalisierung der Truppen ist zu heben. Alle öffentlich Bediensteten einschließlich der Polizei haben politische Neutralität zu wahren. Beseitigung der Benachteiligung durch eine Partei bei Einstellung im öffentlichen Dienst. Die Einstellung soll gleichberechtigt und parteiunabhängig erfolgen.

6, Gewährleistung der Menschenrechte: Gewissenhafte Garantie der Menschenrechte und Schutz der Menschenwürde. Gründung eines Menschenrechtskomitees, das den höchsten öffentlichen Organen verantwortlich ist, um vorzubeugen, daß die Regierung öffentliches Recht dazu mißbraucht, Menschenrechte zu verletzen. Insbesondere muß die persönliche Freiheit der Bürger gewährleistet sein. Niemand darf widerrechtlich verhaftet, in Arrest genommen, vor

Gericht zitiert, verhört oder verurteilt werden. Das System der Straflager zur Umerziehung durch Arbeit ist aufzulösen.

7, Wahlen zum Staatsdienst: Umfassende Durchführung eines demokratischen Wahlsystems, Umsetzung eines Wahlrechts, das jede Person mit einer Stimme gleich berechtigt. Die direkte Wahl der Führungspositionen aller Ebenen in der Verwaltung soll systematisch nach und nach eingeführt werden. Regelmäßige freie Wahlkämpfe mit Bürgerbeteiligung zu den gesetzmäßigen öffentlichen Positionen sind ein unveräußerliches, fundamentales Menschenrecht.

8, Gleichberechtigung zwischen Stadt und Land: Abschaffung des geltenden dualen Systems der Einwohnerregistrierung für Stadt und Land. Einheitliche und gleichberechtigte Umsetzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger. Garantie des Rechtes der Bürger auf freie Wahl des Aufenthalts.

9, Vereinsfreiheit: Garantie des freien Rechts der Bürger eine Vereinigung zu gründen. Abänderung des geltenden Prüfungs- und Genehmigungssystems für Vereinigungen zu einem Registrierungssystem. Aufhebung des Parteienverbots. Regelung des Parteiwesens durch Verfassung und Gesetz. Abschaffung des Privilegs, daß eine Partei das Regierungsmonopol hat. Einführung des Prinzips der Freiheit für die Aktivitäten politischer Parteien und der fairen Konkurrenz derselben. Verwirklichung der Normalisierung und Legalisierung der Politik von Parteien.

10, Versammlungsfreiheit: Friedliche Versammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Ausdrucksfreiheit sind in der Verfassung festgelegte grundlegende Freiheiten der Bürger, die nicht durch eine herrschende Partei oder die Regierung gesetzwidrig gestört oder verfassungswidrig eingeschränkt werden dürfen.

11, Redefreiheit: Umsetzung von Meinungsfreiheit, Publikationsfreiheit und Freiheit der Wissenschaft. Garantie eines Informations- und Kontrollrechts für die Bürger. Ausarbeitung eines 'Berichterstattungsgesetzes' und eines 'Publikationsgesetzes'. Aufhebung des Presseverbots. Abschaffung des Paragraphen 'Verbrechen der Anstiftung zur Subversion der staatlichen Autorität' im geltenden 'Strafrecht', damit unterbunden wird, daß Worte als Verbrechen behandelt werden.

12, Religionsfreiheit: Gewährleistung von Religions- und Glaubensfreiheit. Trennung von Staat und Kirche. Religiöse und Glaubensaktivitäten dürfen nicht unter der Einmischung der Regierung leiden. Überprüfung und Abschaffung administrativer Bestimmungen und Vorschriften einschließlich lokaler Bestimmungen, die den Bürgern die Religionsfreiheit entziehen oder diese beeinträchtigen. Verbot von administrativen Gesetzen zur Beaufsichtigung religiöser Aktivitäten. Abschaffung des Systems der vorherigen Genehmigung für Religionsgemeinschaften (einschließlich der Orte der Durchführung religiöser Aktivitäten), bei dem nach der Anmeldung die Gesetzeskonformität erst erlangt werden muß. Anstelle dessen Einführung eines Registrierungssystems ohne jede Überprüfung.

13, Volksbildung: Abschaffung der Indienstnahme der Bildung für die Einparteienherrschaft, der konzentriert mit gefärbten Vorstellungen befrachteten politischen Erziehung und der politischen Prüfungen. Popularisierung einer Volksbildung, die universelle Werte und Bürgerrechte zur Grundlage hat. Schaffung

eines Bürgerbewußtseins. Förderung von der Gesellschaft dienenden Bürgertugenden.

14, Schutz des Eigentums: Errichtung und Schutz des Rechts auf Privateigentum. Einsetzen eines freien und offenen Systems der Marktwirtschaft. Gewährleistung des freien Unternehmungsgeistes. Abschaffung von administrativen Monopolen. Gründung eines Aufsichtskomitees für das Staatsvermögen, das den höchsten öffentlichen Organen verantwortlich ist. Legaler und geregelter Beginn einer Reform des Eigentumsrechts. Klare Zugehörigkeit von Eigentumsrechten und den dafür Verantwortlichen. Entfaltung einer neuen Bewegung zu Grund und Boden. Die Privatisierung des Grundbesitzes vorantreiben. Gewissenhaft die Eigentumsrechte der Bürger und insbesondere der Bauern an Grund und Boden garantieren.

15, Reform der Staatsfinanzen und Steuern: Schaffung eines demokratischen Staatshaushaltes. Garantien für die Rechte der Steuerzahler. Erstellung eines Rahmens für das öffentliche Finanzsystem mit eindeutigen Rechten und Pflichten sowie Durchführungsbestimmungen. Erstellung eines dezentralen Finanzsystems auf allen Regierungsebenen, auf denen es vernünftig und effektiv ist. Signifikante Reform des Systems der Steuern und Abgaben mit Senkung der Steuersätze, vereinfachtem Steuersystem und fairer Steuerbelastung. Ohne öffentlichen Entscheidungsprozeß in der Gesellschaft und Beschluß der öffentlichen Organe darf die Administration nicht nach Belieben Steuern erhöhen oder neue Steuern einführen. Durch die Reform des Eigentumsrechts entsteht eine Vielfalt von Marktteilnehmern und Konkurrenzmechanismen, die Eintrittsschwelle in den Finanzmarkt wird gesenkt und Voraussetzungen für die Entwicklung der Finanzen im Volk werden geschaffen, was zu ausreichender Entfaltung der Vitalität des Finanzsystems führt.

16, Soziale Sicherheit: Gründung eines Systems der sozialen Sicherheit, das alle Staatsbürger umfaßt und eine Grundsicherung zu Ausbildung, medizinischer Behandlung, Altersversorgung, Beschäftigung usw. bietet.

17, Umweltschutz: Schutz der ökologischen Umwelt. Eintreten für nachhaltige Entwicklung. Verantwortung für die folgenden Generationen und die gesamte Menschheit übernehmen. Definitive Erfüllung der dafür vom Staat und den Beamten aller Ebenen verpflichtend übernommenen Aufgaben. Bildung von Bürgerorganisationen, die sich am Umweltschutz beteiligen und Kontrollfunktion ausüben.

18, Föderale Republik: Manifestation einer verantwortungsvollen Großmacht durch Beteiligung an und Bewahrung von Frieden und Entwicklung in der Region in gleichberechtigter und gerechter Weise. Erhaltung der freien Systeme in Hongkong und Macao. Streben nach einem Konzept zur Aussöhnung beiderseits der Meerenge unter der Voraussetzung von Freiheit und Demokratie durch gleichberechtigte Verhandlungen und gegenseitige Kooperation. Mit großer Klugheit für jede Nationalität die gemeinsam gedeihlich gangbaren Wege und Systementwürfe herausfinden. Aufbau einer chinesischen Bundesrepublik im Rahmen von Demokratie und verfassungsmäßiger Regierung.

19, Transformation der Gerechtigkeit: Rehabilitation und Gewährung staatlicher Entschädigungszahlungen für alle Personen einschließlich deren Angehörigen, die während bisheriger politischer Kampagnen politische Verfolgung zu erleiden hatten.

Freilassung aller politischen Häftlinge und Gewissenstäter. Freilassung aller, die wegen ihres Glaubens als Verbrecher verurteilt wurden. Gründung eines Wahrheitsuntersuchungskomitees zur Klärung der Tatsachen geschichtlicher Ereignisse, zum klaren Zurechtrücken von Verantwortung und zum Eintreten für Gerechtigkeit. Auf dieser Basis die Versöhnung in der Gesellschaft suchen.

4) Abschließende Worte

China ist eine globale Großmacht, eines der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Mitglied der Menschenrechtskommission. China müßte eigentlich für die Sache des Friedens für die Menschheit und den Fortschritt der Menschenrechte einen eigenen Beitrag hervorbringen. Aber, das Bedauerliche ist, daß sich unter allen gegenwärtigen Großmächten der Welt einzig und allein China noch im autoritären Modus befindet und daher fortlaufend Menschenrechtskatastrophen und gesellschaftliche Krisen produziert, die eigenständige Entwicklung der Ethnien im Staatsgebiet gängelt und den zivilisatorischen Fortschritt der Menschheit einschränkt. Diese Sachlage muß sich ändern! Die Wende zur Demokratisierung der Politik kann nicht länger hinausgeschoben werden.

Dafür bringen wir den entsprechenden Mut auf, stehen zu unserer geistigen Haltung als Bürger und proklamieren die 'Charta 08'. Wir wünschen uns, daß alle chinesischen Bürger, die das gleiche Gefühl einer Krise, Gefühl von Verantwortung und Gefühl einer Mission haben - ohne Unterschied ob aus dem Volk oder in der Regierung und ganz gleich welcher sozialen Stellung - das Gemeinsame suchen, die Differenzen zurückstellen, sich aktiv an der Bürgerbewegung beteiligen und gemeinsam die große Wende in der chinesischen Gesellschaft vorantreiben in der Hoffnung, bald einen Staat der Freiheit, Demokratie und verfassungsmäßigen Regierung zu errichten und den Traum und das beharrliche Streben unserer Landsleute nach über hundert Jahren zu verwirklichen.